

alen Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses zu begnügen, deren Beschlüssen er sich bereits, wie er selber gesagt hat, gefügt hatte, ist er nachträglich auf den Bülow'schen Erfolg verfallen, sich nach seinen Parteianfichten eine Mehrheit zu konstruieren. Das Ergebnis ist, daß keine einzige Partei ihm folgen will. Niemand ist mit Herrn von Bethmann zufrieden. Inzueinander nur die Sozialdemokratie, die einen besseren Kanzler noch nicht gehabt hat. Denn ihr sind in der kurzen Aera Bethmann so glänzende Erfolge beschieden worden, wie nie zuvor. Die Vermutung des liberalen Blattes (der „Germania“), daß Herr von Bethmann „liberalen Ideen nicht ganz feindlich gegenübersteht“, liegt nahe. Die auffällige Entschiedenheit, womit er in der Wahlrechtskommission auftauchenden vernünftigen Gedanken, daß künftige Wahlrechtsänderungen nur mit Zweidrittelmehrheit stattfinden dürfen, im Keime zu ersticken beflissen war, läßt sich nur aus der Rücksicht auf die Sozialdemokratie und die beiden liberalen Fraktionen erklären. Als ein konservativer Staatsmann, das heißt als ein Staatsmann, der es für die weitaus wichtigste Aufgabe der Gegenwart erachtet, die Erhaltung der bestehenden Staatsordnung den Umsturzbestrebungen gegenüber sicher zu stellen, kann der jetzige Reichskanzler nicht bewertet werden, und daher sollte es die konservative Mehrheit des Herrenhauses, der doch besonders die Aufgabe am Herzen liegt, nunmehr für ihre Pflicht erachten, den ausgesprochen antikonservativen Wahlrechtsreformversuch des Herrn von Bethmann zum Scheitern zu bringen, in der Hoffnung, daß damit zugleich der Wirksamkeit des Trägers dieses Versuches das Ende bereitet wird.“

Es ist nur sonderbar, daß die liberalen Blätter, die bisher ähnliches schrieben, sich über diese Auslassung aufregen. — Zum Kampfe im Baugewerbe erläßt der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands folgenden Aufruf:

„An die christlich-nationalen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Ein Niesenkampf ist im Baugewerbe entbrannt. In allen Teilen Deutschlands sind Tausende von Bauarbeitern ausgesperrt. Es soll ein Entscheidungskampf ausgetragen werden, auf den die Scharfmacher unter den deutschen Bauunternehmern seit Jahren hingearbeitet haben. Sie geben zwar an, Tarifverträge zu wollen, erstreben aber nur solche, die den einseitigen Interessen der Unternehmer entsprechend ausgestaltet werden sollen. Den Bauarbeiterorganisationen soll nicht nur jedweder Einfluß auf die Lohnform (ob Lohn- oder Akkordarbeit) und auf die Gestaltung der Akkordpreise entzogen werden, sondern man nutzt ihnen selbst zu, den einseitigen Unternehmerarbeitsnachweis anzuerkennen. Solche Tarifverträge würden für die Arbeiter eine Schale ohne Kern bedeuten. Durch sie würde den Arbeitern bei guter Konjunktur die Bewegungsfreiheit vollständig unterbunden, der Unternehmerwillkür dagegen bei schlechtem Geschäftsgange Tür und Tor geöffnet werden. Gegen Tarifverträge solchen Inhaltes bleibt den Arbeitern nur die schärfste Abwehr übrig. Der Kampf im Baugewerbe ist für die gesamte Arbeiterschaft von der größten Bedeutung. Trotzdem die Bauunternehmer mit ihren einseitigen Forderungen gegenüber den Arbeitern im Unrecht sind — in der Tagespresse wird dies, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, übereinstimmend zum Ausdruck gebracht —, erkannt nicht nur der Verein der deutschen Arbeitgeberverbände das Vorgehen der Bauunternehmer als berechtigt an, sondern es soll auch die deutsche und besonders die rheinisch-westfälische Großindustrie den Bauunternehmern weitgehende Unterstützung in Aussicht gestellt haben. Ferner arbeiten die Scharfmacher des Baugewerbes mit den verwirklichten Mitteln, um die bisher vermifftete Einigkeit im Unternehmerlager herzustellen: durch die Materialsperrung sollen diejenigen Unternehmer, die sich zum öffentlichen Unrecht nicht herbeiließen, zur Schließung ihrer Betriebe gezwungen werden. Ein bekanntes Unternehmerorgan meinte endlich: 22 000 Arbeitgeber könnten es länger aushalten, wie 300 000 Arbeiter, Kollegen und Kolleginnen! Soll die Arbeiterschaft der übrigen Berufe diesen bedenklichen Vorgängen teilnahmslos zusehen? Nein! Das hieße die Tragweite des Kampfes vollständig verkennen! Es entsteht vielmehr für die gesamte christlich-nationale Arbeiterschaft die Verpflichtung, die christlichen Bauarbeiter in dem ihnen aufgedrungenen Kampfe nach Kräften zu unterstützen! Der Kampf wird sich über viele Monate hinziehen, wenn nicht im Unternehmerlager die rechtlich und vernünftig Denkenden über die Scharfmacher die Oberhand gewinnen. Wir haben uns also auf einen langen Kampf vorzubereiten. Kollegen und Kolleginnen! In zahlreichen Fällen habt Ihr Euer Solidaritätsgefühl glänzend bewiesen. Die noch in Arbeit stehenden christlichen Bauarbeiter sind Euch mit gutem Beispiele vorangegangen. Sie führen während der ganzen Dauer des Kampfes täglich bis zu einer Mark an die Streikkasse ab zur Unterstützung ihrer ausgesperrten Kameraden. Auch die Kollegen der übrigen Berufe werden, davon sind wir überzeugt, nach Kräften zur Durchführung dieses gewaltigen Kampfes beistimmen. Die Pläne des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe und seiner Hintermänner müssen auch im Interesse der übrigen Arbeiterschaft eine entschiedene Zurückweisung erfahren. Hoch die Solidarität der christlich-nationalen Arbeiter! Der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. (Generalsekretariat des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften A. Stegerwald, Adln, Palmstraße 14.)“

— Eine liberale Wahlfront. Wie das „Verl. Tageblatt“ hört, haben zwischen Vertrauensmännern der Fortschrittlichen Volkspartei und der nationalliberalen Partei Bourparlers stattgefunden, die auf ein gemeinsames Vorgehen bei den nächsten Reichstagswahlen hinielen. Die Zweigorganisationen beider Parteien sollen ersucht werden, sich möglichst schon jetzt über die Kandidaturen zu einigen und sich zu diesem Zwecke mit der Zentralkommission in Verbindung zu setzen; dazu bemerkt das Blatt: „Wir brauchen nicht erst zu sagen, daß wir diesen ersten Schritt zu einem allgemeinen Wahlbündnis mit Befriedigung begrüßen. Doppelt notwendig erscheint es uns dann allerdings, daß die preussischen Nationalliberalen in der Frage der Wahlrechtsreform den Verordnungen der Regierung und der konservativen Widerstand zu leisten wissen. Denn ein national-

liberaler Umsall in dieser entscheidenden Frage würde die linksliberale Wählererschaft im Reiche in eine begreifliche Entrüstung versetzen und damit das sehr erfreuliche Bündnis, oder doch schließlich seine Wirksamkeit aufs äußerste gefährden.“

— Wer wählt konfessionell? Aus dem Kreise Diebstahl schreibt man der „Tägl. Rundschau“:

„Wir Ostpreußen wollen keine neue Zentrumshegemonie. Zu einer erneuten Zentrumshegemonie wird aber diese Verbindung zwischen Konservativen und Zentrum führen; zum mindesten gehen die Absichten des Ultramontanismus dahin, und die Geschichte lehrt uns zur Genüge, daß alle Bundesgenossen dieser Macht am Ende noch immer die Betrogenen gewesen sind. Gelingt es unseren Führern nicht, diese Verbindung zu lösen und wieder eine nationale Mehrheit in den Parlamenten zustande zu bringen, so werden wir Konservativen noch ganz andere Enttäuschungen erleben. Auch die Finanzreform würde nie so erbitternd gewirkt haben, wenn sie nicht mit dem Zentrum gemacht wäre. Wir wollen diese Verbindung mit dem unbedeutenden Zentrum, dessen Gebaren im Osten wie im Westen an Volkserrat grenzt, unter keinen Umständen.“

Kommentar überflüssig!

— Die Stellung der Parteien nach der Zertrümmerung des Blocks würdigt Richard Nordhausen in einer kurzen Betrachtung im „Tag“ Nr. 12. Die Gegensätze zwischen Rechts und Links sind verschärft. „Der Nationalliberalismus rückt immer weiter von der Rechten ab.“ Eine Verständigung ist auch bei der Wahlreform nicht zustande gekommen. Den Vorteil vom Kampf der bürgerlichen Parteien werden nur die Sozialdemokraten haben. Nordhausen sieht in ihnen „die weitaus stärkste Macht“ und ruft auf zu einer Koalition der Ordnungsparteien, die durch Regierung und Parlamentarier vorbereitet werden soll. „Der Kampf zwischen rechts und links darf deshalb unter keinen Umständen verschärft werden. So wenig wie die törichte Setze gegen das Zentrum dem Sinne der Politik von übermorgen entspricht.“ Aber auch den Sozialdemokraten gegenüber keine Maßregeln wie die Verschärfung der Geschäftsordnung im preussischen Abgeordnetenhaus. Man soll es der Sozialdemokratie nicht zu schwer machen, vorsichtiger, revisionistisch zu werden. „Für die Politik der nächsten Jahre bedarf es kluger Vermittlung und weiser Abschwächung aller Gegensätze.“ Man wird zugeben können, daß gar manches an diesen Ausführungen Beachtung verdient. Ob sie aber bei den Liberalen auf fruchtbaren Boden fallen? Hat doch diesen die Blockpolitik gerade wegen der „Sache gegen das Zentrum“ so besonders gefallen! Würden heute die Konservativen mit den Liberalen eine Wahlreform gegen das Zentrum machen, dann würden sofort die Schlagworte „Reaktion“ und „Volkserrat“ verstimmen; denn eine Politik gegen das Zentrum ist ihnen viel wichtiger und wertvoller als das Bekämpfen der Sozialdemokratie.

— Eine neue Zentrumzeitung wird demnächst in Greiffenberg in Schlesien entstehen. Es ist bereits eine Aktiengesellschaft begründet, um den Plan zu verwirklichen. Das Blatt „Der Kreis“ soll bereits am 20. Mai erscheinen und einer Einigung der Zentrumsmänner Niederschlesiens dienen.

Oesterreich-Ungarn.

— Gegen den Universitätsprofessor und Logenbruder Marczali in Pest wurde seitens des Professorenkollegiums die schärfste Mißbilligung ausgesprochen, weil dieser dem jüdischen Redakteur Singer des „N. P. U.“ im Vorhinein die Fragen verriet, welche er ihm beim Rigorosum stellte. Singer wurde nicht zur Promotion zugelassen. Aufgedeckt wurde die Affäre dadurch, daß Singer einem Einpauker, einem armen Studenten, der sich vom Stundengehen ernährt, die erhaltenen Lektionsgebühren nicht zahlen wollte, weshalb ihn dieser, der von dem Abkommen mit Professor Marczali wußte, zur Anzeige brachte. Die gesamte jüdische Presse Ungarns unterließ die arge Bloßstellung des „berühmten“ Universitätsprofessors und Logenbruders Marczali, dessen Ruhm diese Blätter erst vor kurzem priesen, als von ihm ein englisch geschriebenes Buch über Ungarn erschien, in welchem sich eine Skizze der Monarchie abgezeichnet findet, wo alle österreichischen Städtenamen magyarisiert sind! Mit derlei Konstruktiven und durch die Unterstützung des jüdischen Publizisten Singer hoffte sich Marczali noch weiteren Ruhm zu verdienen. Vor einigen Tagen wollten nun einige jüdische Hörer und Hörerinnen den Professor durch Ueberreichung eines silbernen Lorbeerfranzes für das „erlittene Unrecht“ entschädigen. Die christliche Studentenschaft erhielt Kenntnis von dieser nur im „engsten Anhängerkreise“ geplanten Ehrung und besuchte die Vorlesung moffenhaft. Als Professor Marczali sprechen wollte, wurde er mit den Ruf: „Hinaus! Nieder mit ihm! Schwindler, der nicht auf die Universität gehört!“ empfangen. Seine Rede blieb unverständlich und er mußte das Stativ verlassen. Der Lorbeerfranz seiner Anhänger wurde zertrümmert und einige seiner Anhängerinnen bei den Haaren gebettelt, als sie durch herausfordernde Bemerkungen die Mehrheit der Studentenschaft reizten. Die Studenten beschloßen, jede weitere Vorlesung Marczalis zu verhindern.

Frankreich

— Theodor Roosevelt ist mit seiner Familie von Paris nach Brüssel abgereist. Pichon, sowie ein Vertreter des Präsidenten der Republik, der Ministerpräsident und die Behörden hatten sich am Bahnhof zur Verabschiedung eingefunden.

— Die Sozialdemokratie in der französischen Wahlbewegung. Mit der Opferwilligkeit der französischen Sozialdemokraten ist es nicht gerade glänzend bestellt. Die vom Zentralorgan „Humanité“ für den Wahlkampf eingeleitete Sammlung ergab ein Resultat von nur 870 Franken. Die gleiche Geldsumme brachten die antiparlamentarischen revolutionären Sozialisten auf, die sich prinzipiell an den Wahlen nicht beteiligen, aber formell Kandidaturen angenommen haben und das Recht der Ueberreicherung von Schulden zu Verfallungszwecken und Befreiung vom Wafentempel teilhaftig zu werden. Der Kampf der revolutionären Sozialisten richtet sich hauptsächlich gegen die „Marxisten“, deren Kandidaten Roanet sie in einer Wählerversammlung blutig schlugen. Es entbehrt nicht einer ge-

wissen Komik, daß auch das sozialdemokratische Zentralorgan „Humanité“ von den revolutionären Sozialisten „heimgeführt“ wurde.

Spanien.

— Die Karlisten röhren sich wiederum. Sie haben für die bevorstehenden Corteswahlen über 40 Kandidaten aufgestellt. In dem vom Herzog von Solferino, dem Führer der katalonischen Karlisten, namens des Prinzen Don Jaime veröffentlichten Wahlaufsatz heißt es: Wir wissen, daß die Kämpfe, in denen die Karlisten ihren legendenhaften Mut bewährten, von denen verschieden sind, die wir jetzt unternehmen. Unsere Aktion soll diesmal auf gefestigtem Boden bleiben, aber wir dürfen darum nicht auf das Bestreben verzichten, die unterbrochene Geschichte unserer großartigen Kreuzzüge von neuem aufzunehmen.

Nordamerika.

— Eine sozialdemokratisch verwaltete Stadt in Amerika. Die sozialdemokratische Partei, die sowohl in der Stadt Milwaukee wie in County vor kurzem siegte, wählte auch einen Bürgermeister, Emil Seidl, mit einer Mehrheit von 7109 Stimmen. Von den drei Bürgermeisterkandidaten erhielt der sozialdemokratische Seidl 27 622 Stimmen, der Demokrat Schönerer 20 513 und der Republikaner Bessel 11 262 Stimmen. Der neue Stadtrat besteht aus 21 Sozialdemokraten, 10 Demokraten und 4 Republikanern. Der neue Ausschussrat wird aus 11 Sozialdemokraten, 3 Republikanern und 2 Demokraten bestehen. Die Sozialdemokraten erwählten außerdem zwei — Zivilrichter. Die Sozialdemokraten erhalten die vollständige Kontrolle über die Stadtverwaltung für die Dauer von zwei Jahren. Unter den Reformen, welche die Sozialdemokraten führen wollen, befinden sich: Verstaatlichung der öffentlichen Betriebe, Fahrgebel von 15 Heller auf den Straßenbahnen, achtfündiger Arbeitstag, billigeres Gas, billigeres Brot und Arbeit für die Beschäftigungslosen zu den üblichen Löhnen. Wenn sich nur nicht die Bewohner von Milwaukee mit ihrer sozialdemokratischen Stadtverwaltung so anschnieren werden, wie einige französische Städte.

Aus den deutschen Kolonien.

— Der Lüderbüchster Landeskongress beschloß: 1. Das Kolonialamt möge telegraphisch den neuen Vertrag vor dem Abschluß mit der Kolonialgesellschaft mitteilen. 2. Der Reichstag möge dies beim Reichskanzler und beim Kolonialamt beschließen. 3. Das Gouvernament möge die Bitte des Landeskongresses um vorherige Vorlage des Vertrages unterstützen. Der Landeskongress bittet gleichzeitig um Uebersendung des Gutachtens des Reichsjustizamtes und bittet ferner, das Kolonialamt aufzufordern, die vertraulichen telegraphischen Verhandlungen mit der Staatsgruppe bekanntzugeben. Wir schieben dem Staatssekretär die Verantwortung zu, falls durch unzulässige Ueberlieferung des Vertragsschlusses ohne Anhörung des Landeskongresses der Fiskus Schaden leidet. Verbesserungen sind zweifellos möglich. Der Landeskongress ist zu wirksamen Einzelvorschlägen nach Kenntnisaufgabe des Vertragsschlusses bereit.

Aus Stadt und Land.

Dresden, den 20. April 1910.

— Republikanische Abzeichen. Das Ministerium des Innern hat neuerdings eine Verordnung erlassen, wonach das Tragen von roten Kleidungsstücken (Schlipse) oder Abzeichen an der Kleidung, Blumer usw., sowie die Verwendung roter Kransschleifen, wie schon teilweise bisher, so auch künftig vollständig ignoriert werden sollen. Es soll fernherhin von den Polizeibehörden nur noch gegen das Tragen oder Aufhissen roter Fahnen, Standarten, Schärpen und anderer ungewöhnlicher Wahrzeichen revolutionärer Gesinnung eingeschritten werden.

— Wetterprognose der Königl. Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden für den 30. April: Südliche Winde meist heiter, Temperatur wenig geändert, kein erheblicher Niederschlag.

— Se. Majestät der König nahm heute vormittag militärische Meldungen, sowie die Vorträge der Herren Staatsminister und des Kabinettssekretärs entgegen.

— Se. Majestät der König begibt sich in der Pfingstwoche mit seinen Kindern nach Schloß Sibyllenort.

— „Wozu denn nur ein neues Matandachts-Büchlein? Naß denn das sein! Warum ändern Sie denn immer in der Hofkirche, Herr Kaplan!“ Ra, meine sehr verehrte Dame, erstens bin ich es nicht gewesen. Zweitens war die Veränderung notwendig und von der höchsten Stelle eingeleitet. Gerade beim Gebet und bei Andachten ist eine tägliche Abwechslung notwendig, damit man nicht in ein gewohnheitsmäßiges Veten verfällt, und wir hoffen, daß das neue Büchlein diesen Zweck ganz und gar erfüllen wird. Die bisherige Art, die Rosenkranzgeheimnisse den Andächtigen vor die Seele zu führen, war eine durch die Zeitknappheit erklärliche Aushilfe aber doch kein Rosenkranz. Wie das nun geändert ist, das lesen Sie nur bitte, hübsch leicht nach. Das Büchlein ist ja hübsch und handlich und wird Ihnen Freude machen. Auch war es bisher üblich in der Osterlichen Zeit den Engel des Herrn zu beten, während sonst überall in dieser Zeit das Regina coeli verrichtet wird und nur dort von Rom der Engel des Herrn gebilligt ist, wo man das Regina coeli nicht kennt. Na, und wir sächsischen Katholiken können uns doch nicht nachsagen lassen, daß wir das Regina coeli nicht kennen. Wer nun in die Matandacht geht, braucht wirklich gar kein anderes Buch mehr als unseren neuen kleinen Bekannten. Der läßt sich auch leicht in anderen Gemeinden einführen, es braucht nur das Titelblatt geändert zu werden. Betrachtungen sind allerdings keine aufgenommen, sonst wäre das Büchlein zu teuer geworden. Auch ist es ja besser, wenn gepredigt wird, oder wenn in jedem Jahre neue Betrachtungen vorgelesen werden. Das Büchlein erscheint im Verlage der Saxonia-Buchdruckerei, Dresden, Pläntzer Straße 43. Wir hoffen auch, daß sich nun die Lust zum Gebet in der Hofkirche recht mehrt und daß wirklich ein Gemeindegelächter die schönen Hallen durchbraust. Also auf Wiedersehen in der Matandacht!

— Verband für Jugendhilfe. An jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat werden im Königl. Amtsgericht, Voßtrimer Straße, nachmittags 5—6 Uhr Besprechungen der Helfer abgehalten. Im Monat Mai finden die Helferbesprechungen am 4. und 18. Mai statt.